



Erinnerung an den Holocaust

Daniil Granin berichtete im Bundestag über Grausamkeiten in Leningrad. Seite 5

Foto: dpa/Wolfgang Kumm

Landkämpfe in Mexiko

Der Widerstand gegen undemokratische Großprojekte hält an. Seite 10

Die Masken von Born

Auf dem Darß gibt es einen ganz besonderen Karneval. Seite 14

Foto: Danuta Schmidt

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 28. Januar 2014

69. Jahrgang/Nr. 23 Bundesausgabe 1,70 €, Auslandspreis 1,90 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Krieg und Frieden

Markus Drescher über die Debatte um Bundeswehreinsätze

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will die Bundeswehr nicht mehr zurückhalten. Umschrieben wird der neue deutsche Drang auf die Kriegs- und Krisenschauplätze der Welt als Übernahme von »mehr Verantwortung«. Und natürlich geht es nicht um Absatzmärkte, Rohstoffe, die Sicherung von Handelswegen und die Wahrung von Einflussbereichen, sondern um humanitäre Hilfe. Damit lässt sich gut argumentieren. Wer kann schon etwas dagegen haben, Menschen in Not zu helfen?

Das Problem daran ist, dass diese Not für NATO und EU nur dann interessant ist, wenn hinter diesem menschlichen Schutzschild die eigentlichen Interessen verborgen werden können. Dass sich tatsächlich jemand für die Menschen interessiert, glaubt wohl nur, wer auch denkt, im Kapitalismus könne es Gerechtigkeit geben.

Eine Ablehnung von Kriegseinsätzen aus offensichtlich ökonomischen und geostrategischen Gründen erspart einem aber leider nicht das Nachdenken darüber, ob der Einsatz von Militär und Gewalt nicht doch auch gerechtfertigt sein kann. Gerade am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die sowjetische Armee fällt es schwer zu verneinen, dass auch Soldaten Menschenleben retten können.

Der Einsatz von Militär ist nicht umsonst eine der umstrittensten Fragen in der Linken. Eine befriedigende Antwort darauf ist vielleicht nicht zu finden. Eine Diskussion darüber sollte das jedoch nicht unterbinden.

UNTEN LINKS

Haben Sie heute eigentlich schon eine **Online-Petition** gestartet? Das internetbasierte Eingabewesen gegen allerlei Missstände ist jedenfalls der neue Trendsport. Erst zürnten aufgebrauchte Zuschauer über politische Schlagseite und Gebaren eines Moderators gegenüber der Linkenabgeordneten Wagenknecht. Dann meldete sich der Berliner Piratenpolitiker Lauer, dem das nicht gefiel, weshalb er eine Gegenpetition in Gang setzte. Die Sache erreichte indes kaum Zustimmung, müde kleben die Unterstützerzahlen unterhalb der Tausendermarke. Was den Kabarettisten Nuhr jedoch nicht davon abhielt, auf den schon sichtbar neben die Geise geratene Zug auch noch aufzuspringen – und eine Online-Petition gegen den »Onlinepetitions-wahn« loszutreten. Das wiederum ließ der Betreiber des Portals nicht auf sich sitzen und stoppte die Petition. Ob man gegen diesen Skandal irgendwo unterschreiben kann? Starten Sie doch einfach eine, genau: Online-Petition! **tos**

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK
ISSN 0323-3375



Tunesien geht wieder voran

Mit der jetzt verabschiedeten Verfassung setzt das Land demokratische Akzente



Tränen der Rührung im Parlament nach dem Votum für die neue Verfassung

Foto: dpa/Mohamed Messara

200 Mal Ja, 12 Mal Enthaltung und nur 4 Mal Nein im Parlament – es war wirklich keine Kampfabstimmung, die Tunesiens neue Verfassung am Montagabend zu bestehen hatte. Das allein muss noch nichts besagen. Eher schon die Tatsache, dass jetzt in Tunis eben nicht eine dominante Partei einen Verfassungstext verordnet und dann ohne fundierte Diskussion im Schnelldurchlauf auf der Basis momentaner politischer Mehrheiten durchgedrückt hat – wie zuletzt zweimal in Ägypten erlebt: im Dezember 2012 durch die muslimischen Parteien und vor zwei Wochen in der Art einer Retourkutsche durch die Militärregierung. Und: Den ersten Reaktionen nach zu urteilen hinterlässt das Votum keine zutiefst gespaltene Gesellschaft.

Mit einigen Verfassungsartikeln betritt Tunesien Neuland für eine arabisch-islamische geprägte Gesellschaft. Letzteres soll sie bleiben; erkennbar unter anderem in der Festlegung, dass der tunesische Präsident Muslim sein muss. Dies unterscheidet Tunesien nicht von Grundgesetzen anderer muslimischer Staaten, umso mehr die Festlegung in Gleichstellungsfragen. Im Kapitel zu den Grundrechten wird die Herstellung der Parität zwischen Frauen und Männern in den gewählten Versammlungen des Landes als Ziel gesetzt. Damit nimmt Tunesien in der arabischen Welt eine Vorreiterrolle ein. Zudem wird die Gleichheit von Bürgern und Bürgerinnen anerkannt und jede Diskriminierung verboten.

Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden garantiert. Das gibt es bisher in keinem arabischen Staat, nicht auf dem Papier, schon gar nicht in der Praxis. Die Praxistests werden nicht lange auf sich warten lassen. Bemerkenswert ist, dass Ennahda, die stärkste Partei im Parlament, zwar dafür stritt, die traditionelle islamische Rechtsauslegung (Scharia) in der Verfassung zu verankern, nach heftigem Widerstand der religionsferneren Minderheit im Parlament aber darauf verzichtete. Somit bleibt Tunesien wie schon unter dem vor drei Jahren gestürzten Präsidenten Ben Ali das arabische Land mit dem am stärksten ausgeprägten säkularen Charakter – nachdem in Irak und Syrien durch Krieg und Intervention davon nicht mehr die Rede sein kann.

Tunesien erhält dafür wenig bis gar keinen Beifall von seinen Nachbarn, dafür aus Europa und vielen anderen Staaten, auch aus Deutschland. Sie sollten dem ökonomisch schwer gebeutelten Land mit mehr als nur warmen Worten zur Seite stehen. **etz** Seite 3

Zurückhaltend schießen

Steinmeier schließt sich von der Leyens Wunsch nach mehr Engagement der Bundeswehr nicht direkt an

Die Verteidigungsministerin will die Bundeswehr im Ausland öfter zum Einsatz bringen. Eine Debatte hat eingesetzt, in der ein Papier der Evangelischen Kirche wie gerufen wirkt.

Von Markus Drescher und Uwe Kalbe

»Selig sind Friedfertigen«. Mit diesem Zitat aus der biblischen Bergpredigt überschreibt die Kammer der Öffentlichen Verantwortung der EKD ihre Bilanz zum Afghanistan-Krieg, ein Jahr bevor die internationalen Truppen das Land verlassen sollen. Die Details in dem Papier lassen die Kritik allerdings weniger rigoros erscheinen, als der Titel suggerieren könnte. Es handelt sich um eine »kritische und konstruktive Reflexion des Afghanistan-Einsatzes« und bietet darüber hinaus eine »friedensethische und friedenspolitische Aufgabenbeschreibung und Orientierung für die Zukunft«, so er-

läutert der Vorsitzende des Rates der EKD, Nikolaus Schneider, in einem Vorwort. Die Lehre, die die von der Kirche beauftragten Experten ziehen, lautet: Alles sähe jetzt ein ganzes Ende besser aus in Afghanistan, wenn es von Anfang an einen ordentlichen Einsatzplan gegeben hätte. Ein friedens- und sicherheitspolitisches Gesamtkonzept »unter dem Primat des Zivilen« habe hingegen gefehlt, ebenso wie Ausstiegsszenarien. Dass die Realität des Krieges diesem Primat des Zivilen entgegenstand, bedingt von Anfang an durch die Kriegsziele der USA und ihre Waffengefährten, hindert die Autoren nicht daran, eine Verknüpfung der Bundestagsmandate für Auslandseinsätze mit zivilen Zielen zu fordern. Das Parlament müsse »stärker in die Friedenspflicht« eingebunden werden, verlangt Ratsvorsitzender Schneider. Und dass finanzielle Möglichkeiten für das zivile Engagement bedacht werden sollten. Schneider

will den Nichtregierungsorganisationen die Arbeit erleichtern, nicht den Einsatz der Bundeswehr in Frage stellen.

Ansichts der aktuellen Dis-

»Von der Familienfreundlichkeit zum scharfen Schießen.«

Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN, über von der Leyen

kussion um militärische Einsätze in Afrika verlangte Schneider bereits jetzt im Blick zu haben, wie sich Rechtswesen, Sicherheitsstruktur, Bildung und Infrastruktur aufbauen ließen. Diese Diskussion ist Äußerungen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu verdanken, die zur Untermauerung ihrer Verhandlung-

gen mit Frankreich über eine stärkere Beteiligung der Bundeswehr am französischen Agieren in Afrika für mehr oder weniger Zurückhaltung eingetreten waren. Von der Leyen für weniger, Steinmeier für mehr. Am Konsens beider Minister ändert das ebenso wenig wie an der Versicherung des Bundeskanzleramtes, zwischen Kanzlerin Angela Merkel sowie Verteidigungsministerin und Außenministerin gebe es eine »enge Abstimmung«. Derzeit werde geprüft, »wo man nachjustieren muss«. Zuvor hatte von der Leyen in einem Interview gesagt, Deutschland müsse das militärische Engagement in Krisengebieten ausweiten. Hingegen beschrieb ein Sprecher des Außenamts Steinmeiers Haltung mit den Worten, die Kultur der militärischen Zurückhaltung sei »ein Ausdruck der deutschen Außenpolitik, der ihr gut ansteht«. Zugleich schränkte er ein: Dies sei aber »kein Dogma«.

Berlin: Neue Ungereimtheiten um NSU-Aufklärung

Innensenator Henkel und Opposition liefern sich heftiges Wortgefecht

Berlin. Im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses ist es am Montag zum Eklat gekommen. Innensenator Frank Henkel (CDU) warf der Opposition von Grünen, Linkspartei und Piraten nach Vorwürfen gegen das Landeskriminalamt im Zusammenhang mit der Aufklärung der Morde des »Nationalsozialistischen Untergrundes« vor, ein »Spektakel bei einer schlimmen Mordserie« zu machen. Zudem erklärte Henkel: »Ihre Politik hier zu machen auf den Rücken dieser armen Mordopfer ist widerlich und erbärmlich.« Die Opposition wies die Vorwürfe umgehend zurück. »Es ist eine ungläubliche Frechheit, der Opposition vorzuwerfen, sie stelle Fragen auf dem Rücken der Opfer«, erklärte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Udo Wolf. Gegenüber »neues deutschland« kündigte Wolf an, dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses einen Beschwerdebrief zu schreiben.

Hintergrund des heftigen Wortgefechts sind neue Vorwürfe gegen das Berliner Landeskriminalamt (LKA), das möglicherweise einen weiteren (vierten) V-Mann führte, der Kontakt zum direkten Umfeld des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) hatte. Wie das »neue deutschland« bereits in seiner Montagsausgabe berichtete, soll dies Nick Greger sein. Der ehemalige Neonazi behauptet selber in einem Internetvideo, Polizisten des LKA hätten ihm geraten, vor Untersuchungsausschüssen keine Angaben zu Carsten Szczepanski zu machen, der als V-Mann »Piatto« des Brandenburger Verfassungsschutzes ganz dicht am NSU-Mördertrio um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe dran gewesen sein soll.

Behinderten also V-Mann-Führer der Berliner Polizei erneut die Aufklärung der NSU-Verbrechen? Das ist die Kernfrage, die es jetzt in Berlin zu klären gilt. Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt wollte am Montag die Existenz einer solchen V-Person weder bestätigen noch dementieren. Kandt sagte aber: »Es waren LKA-Beamte in Thüringen.« Aber warum? **mkr** Seite 11

KURZ

Beschluss über Konferenz bis März

Berlin. Bis Mitte März wollen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und die beteiligten Verbände abstecken, wie es mit der Islamkonferenz weitergeht. Das kündigte der Ressortchef am Montag nach einem Treffen mit Verbandsvertretern an. Zuletzt stand die Konferenz in der Kritik. **dpa/nd**

Externe Prüfer beim ADAC

München. Mit dem ADAC-Skandal sollen sich externe Prüfer befassen. Der Club hat ein Unternehmen mit der Untersuchung der Vorfälle beim Autopreis »Gelber Engel« beauftragt, wie es am Montag hieß. Der ADAC hatte gestanden, bei der Wahl zum Lieblingsauto der Deutschen manipuliert zu haben. **AFP/nd**

Berater für USA-Verhandlungen

Brüssel. Gewerkschafter, Verbraucherschützer und Industrievertreter sollen nach dem Willen der EU-Kommission mehr Einblick in die Freihandelsgespräche mit den USA bekommen. Das teilte die Behörde am Montag mit. Ein Expertengremium soll sie bei den Verhandlungen beraten. **dpa/nd**

US-Drohne tötet Kommandeur

Nairobi. Ein führender Kommandeur der somalischen Al-Shabaab-Miliz ist durch eine US-Drohne getötet worden. Premier Abdiweli Sheikh Achmed bestätigte entsprechende Berichte am Montag. Es soll sich um Sahal Iskhudhuq handeln, einen Vertrauten von Shabaab-Chef Achmed Godane. **epd/nd**